

Meine Woche

Liebe Leserinnen und Leser,

vor wenigen Tagen hat der Landtag Brandenburg das erste Paritätsgesetz in Deutschland beschlossen. Dort sollen die Parteien künftig jeden zweiten Listenplatz mit einer Kandidatin besetzen und so gewährleistet werden, dass beide Geschlechter im Parlament gleich stark vertreten sind. Auch in München hat uns das **Paritätsgesetz** diese Woche beschäftigt, nachdem die Grünen und die SPD im Plenum entsprechende Gesetzesentwürfe eingebracht haben. Doch wir FREIE WÄHLER sehen die Einführung eines solchen Gesetzes **kritisch, da es gegen die** Verfassung verstoßen würde. Deshalb haben wir die Vorschläge der Opposition abgelehnt. Zwar ist es ein wichtiges und richtiges Ziel, mehr Frauen in die Parlamente zu bringen. Dafür aber einen Bruch der Verfassung in Kauf zu nehmen, halten wir für überaus problematisch. **Ein Paritätsgesetz verstößt unseres Erachtens gegen zentrale Prinzipien des Grundgesetzes sowie der Bayerischen Verfassung.** Konkret werden mit dem Gesetz die Wahlrechtsgrundsätze der gleichen und freien Wahl verletzt. Zudem wird in die vom Grundgesetz garantierte Parteienfreiheit eingegriffen und gegen die dort verbürgte Unabhängigkeit der Parteien verstoßen. Auch das verfassungsrechtliche Differenzierungsverbot wird missachtet. Wir FREIE WÄHLER finden: Bei der Wahl in ein Landesparlament sollte es nicht allein auf das Geschlecht, sondern auf die persönliche und individuelle Eignung des Kandidaten ankommen.



Hier meine Stellungnahme zur **Herzkatheter-Problematik** im Krankenhaus Ansbach:

„Als kommissarischer Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung liegt mir das Wohl aller Patientinnen und Patienten, aller pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen sehr am Herzen. Meine Aufgabe als Beauftragter ist es, in unabhängiger und betrachtender Funktion darauf hinzuwirken, dass die Belange dieser Personengruppe in allen gesellschaftlichen Bereichen beachtet werden. Ich unterstütze die Weiterentwicklung der Patienten- und Pflegerrechte und bin Sprachrohr für Interessen der Patienten und Pflegebedürftigen in der Öffentlichkeit. Das heißt zum Beispiel, dass ich Einfluss nehme auf politische Entscheidungen und versuche, das Bestmögliche für diese Menschen zu bewirken.

Ein besonderes Anliegen ist für mich die Garantie einer hochwertigen und flächendeckenden medizinischen Versorgung. Es war zu lesen, dass im Krankenhaus Ansbach das Herzkatheter-Labor schließen soll. Das macht mich sehr betroffen! Als Ortsansässiger sind mir Ansbach und seine Umgebung bestens bekannt. Die Tatsache, dass Patienten mit Herz-Kreislaufkrankungen als Notfall nun ungefähr 40 km in die nächstgelegene Klinik Rothenburg o.d. Tauber fahren sollen, um versorgt zu werden, erscheint mir als Patienten- und Pflegebeauftragter nicht zumutbar und ist ein medizinisches Risiko. Jeder weiß, dass bei einem Herzinfarkt jede Minute zählt! Diese oftmals lebensrettende Information schärfen wir Mediziner unseren Patienten tagtäglich ein.

Nach wie vor zählen Herz-Kreislaufkrankungen zu den häufigsten Krankheiten überhaupt und darüber hinaus zu den häufigsten Todesursachen. Hochgerechnet auf die Anzahl der Ansbacher Bürger sowie allen Menschen, die im Umkreis der Stadt wohnen, kommt es also zu einer beträchtlichen Anzahl Betroffener. All diese Menschen konnten sich bisher immer darauf verlassen, in Ansbach gut versorgt zu werden. Unsere Region hat daher nicht zuletzt aufgrund der gesicherten medizinischen Versorgung an Attraktivität gewonnen. Diesen Zustand müssen wir erhalten! Unsere Bevölkerung muss darauf vertrauen können, in einem Schwerpunktkrankenhaus – so wie es in Ansbach vorhanden ist – auch adäquat versorgt zu werden.

Ich rufe daher alle beteiligten Personen dazu auf, im Interesse der Patientinnen und Patienten zu handeln. Solch gravierende Entscheidungen, wie hier die geplante Schließung des Herzkatheter-Labors, brauchen eine langfristige Planung, eine ortsnahe und 24 Stunden verfügbare Alternative und vor allem genug Vorlauf. Eine frühzeitige Information für die Bürger von Ansbach und Umgebung aber auch die einweisenden Ärzte und Notärzte ist unerlässlich. Der Erhalt einer guten medizinischen Versorgung in unserer Region muss oberste Priorität haben! Rein wirtschaftliche Interessen dürfen nicht die Oberhand gewinnen!“

Rückblick Landtag:

In die Woche gestartet sind wir mit dem **Safer Internet Day**, einem Aktionstag der Europäischen Kommission für ein sichereres Internet. Wir FREIE WÄHLER begrüßen diese Initiative ausdrücklich, denn von einem sicheren Internet profitieren alle – vor allem unsere Kinder: Sie müssen lernen, was zu beachten ist, wenn sie einen eigenen YouTube-Kanal einrichten. Wo sie Hilfe erhalten, wenn sie in sozialen Netzwerken mit Hass konfrontiert werden und auch, mit welchen teils **fragwürdigen Mitteln Influencer bei Facebook, Instagram und Co. versuchen, Kinder durch versteckte Werbung zu beeinflussen**. Wir Erwachsene sollten ebenfalls dazulernen und uns fragen: Ist das Passwort, das ich im Web für so viele Benutzerkonten gleichzeitig verwende, wirklich sicher? Wie viele persönliche Daten sollte ich im Internet maximal preisgeben und wie Sorge ich für einen besseren Schutz meiner Privatsphäre? Das alles zeigt: Der Safer Internet Day ist wichtiger denn je.

Damit Kinder frühzeitig den Umgang mit neuen Medien lernen, ist digitale Bildung an den Schulen in Bayern besonders wichtig. Doch die kann nur gelingen, wenn **schulische IT-Infrastruktur** ausgebaut und regelmäßig gewartet wird. Gut ist, dass die Staatsregierung die Kommunen über den Masterplan Bayern Digital II schon heute mit 212,5 Millionen Euro unterstützt. Mit diesen Mitteln soll eine möglichst einheitliche Ausstattung, und damit gleichwertige Verhältnisse, an allen Schulen im Freistaat geschaffen werden. Das kann aber nur ein erster Schritt sein, um die schulische IT-Ausstattung langfristig und nachhaltig zu verbessern. Im Zuge der Koalitionsverhandlungen haben wir uns deshalb dafür eingesetzt, dass die Staatsregierung zeitnah und in engem Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden Konzepte zur Wartung und Pflege der IT-Infrastruktur erarbeitet und umsetzt. Dabei gilt es, sowohl die pädagogisch-didaktische Betreuung der Lehrkräfte, als auch die technische Systembetreuung durch die Sachaufwandsträger in den Blick zu nehmen.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche auch mit der Artenvielfalt. Sie zu erhalten und zu schützen ist von eminenter Bedeutung, schließlich bildet sie die Grundlage unseres Lebens. Die Bestäubung vieler Pflanzen – auch unserer heimischen Nutzpflanzen – wird durch eine hohe **Artenvielfalt** gesichert. Die Natur in Bayern zu schützen und die Artenvielfalt zu bewahren, ist für uns FREIE WÄHLER deshalb nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Verpflichtung. Nachhaltiger Umweltschutz gelingt aber nur, wenn wir mit der wichtigsten Landnutzerguppe, den Landwirten, zusammenarbeiten – und nicht über ihren Kopf hinweg entscheiden.

Ökologische und ökonomische Interessen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr ist der Schutz der Umwelt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die des Engagements aller Bürgerinnen und Bürger bedarf. Um die Biodiversität und damit unsere Lebensgrundlage zu bewahren, müssen wir zügig mit allen Akteuren – insbesondere mit den anerkannten Natur- und Umweltverbänden – eine moderne Naturschutzstrategie erarbeiten. Diese soll notwendige Maßnahmen wie die Verringerung des Flächenverbrauchs und die bessere Vernetzung von Biotopen enthalten – etwa durch eine gezielte Nutzung von Ehdä-Flächen.

Zusammenarbeit ist aber auch beim Thema **Hochwasserschutz** gefragt. Im Plenum haben wir nochmal unser Ziel bekräftigt, Bayern hochwasserfest zu machen – und zwar überall. Ob das mittels der drei geplanten Flutpolder in der Oberpfalz erfolgt, oder durch dezentrale Regenrückhaltung gekoppelt mit einem modernen Staustufenmanagement, kann erst entschieden werden, nachdem die Staatsregierung eingehend geprüft hat, wie sich die Polder auf das Grundwasser auswirken würden. Ziel muss in jedem Fall sein, dass Staatsregierung und Kommunen partnerschaftlich zusammenarbeiten und versuchen, im gesamten Freistaat schnellstmöglich den Grundschutz entlang der Flüsse zu realisieren.

Im Sozialausschuss konnten wir diese Woche einen wichtigen Erfolg in der **Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Bayern** erringen. Kein Dach über dem Kopf zu haben ist eine extreme Form der sozialen Notlage. Uns FREIEN WÄHLERN ist es deshalb wichtig, dass sich die Staatsregierung der Wohnungs- und Obdachlosen intensiv annimmt. Denn die üblichen Mechanismen der staatlichen Auffanghilfe greifen bei von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen nur selten: Ihnen fällt es häufig schwer, bei Behörden um Hilfe zu bitten. Gerade deshalb dürfen wir diese Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen. Hinzu kommt, dass der Bedarf an Hilfen für Obdachlose aufgrund des Zustuzugs nach Bayern, des Bevölkerungswachstums und der Situation am Wohnungsmarkt weiter ansteigen dürfte. Mit unserem Koalitionspartner haben wir deshalb vereinbart, zeitnah die ‚**Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern**‘ zu gründen. Damit gehen wir einen wichtigen Schritt, um effektiv Hilfe zu leisten. Statt Gelder für Statistiken und Erhebungen zu verbrennen, wie es die Opposition fordert, leisten wir aktive finanzielle Hilfe an der Wurzel des Übels und unterstützen damit die Kommunen bei der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Konkret wollen wir gemeinsam mit den Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen die Unterstützungsangebote für Obdach- und Wohnungslose in Bayern weiter verbessern. So sollen mit den Stiftungsmitteln Projekte für

obdach- und wohnungslose Menschen in Bayern gefördert werden. Wichtig ist uns, die Praktiker mit ins Boot zu holen – Sozialarbeiter, Streetworker und kommunale Beratungsstellen. Sie kennen die Nöte und Bedürfnisse der Betroffenen am besten.

Auch im Ausland haben wir FREIE WÄHLER uns diese Woche für bayerische Interessen eingesetzt: In seiner Funktion als Vorsitzender des Landtagseuropaausschusses hat unser europapolitischer Fraktionssprecher Tobias Gotthardt Prag besucht, um dort mit verschiedenen tschechischen Interessengruppen ins Gespräch zu kommen. Wir FREIE WÄHLER sind uns sicher: Die **bayerisch-tschechische Partnerschaft** ist von großer Bedeutung für unser Land. Sie hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt, aber es gibt noch genügend Potenzial, um die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verbindungen zu vertiefen. Besonders wichtig ist die Weiterentwicklung der Infrastruktur. Bund und Bahn stehen seit 1995 in der Pflicht, die Schnellbahnstrecke von München über Regensburg nach Prag zu realisieren. Doch passiert ist bislang nichts. Das ist ärgerlich, schließlich wird die bestehende Bummelbahn auf Vorkriegsgleisen den Ansprüchen der bayerisch-böhmischen Grenzregion und der Leistungsstärke der verwobenen Metropolregionen Nürnberg, Regensburg und Prag schon lange nicht mehr gerecht. Große Chancen sehen wir im Bildungsbereich: Bilinguale Kinderkrippen, Tschechisch als Schulfach und die Belebung von Städtepartnerschaften könnten eine Grundlage bilden, um die Freundschaft zwischen Bayern und der Tschechischen Republik zu verfestigen. Der Bayerische Landtag könnte hier zusammen mit der Staatsregierung eine parlamentarische Brückenfunktion übernehmen. Dies wäre auch im Hinblick auf Bayerns Rolle in der EU bedeutsam: Der Freistaat könnte mit einer Art bayerisch-tschechischer „Elysee 2.0“ die Grundlage für eine neue, grenzübergreifende Kooperation im Herzen Europas schaffen.

Impressum

Abgeordnetenbüro
Prof. (Univ. Lima) Dr. med. dent. Peter Bauer, MdL
Pflegepolitischer Sprecher
Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayer. Staatsregierung (kommissarisch)

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
Weinbergstr. 47
91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 - 207585
Fax: 09827 - 207586
E-mail: peter.bauer@fw-landtag.de

Internetseiten: www.frankensprecher.de
www.fw-landtag.de
www.fw-bayern.de

Facebook: <https://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher>
Instagram: <https://www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher/>
